



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 11. Oktober 2024 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

ich gebe zu: Auch mit einem positiven, fröhlichen und zuversichtlichen Gemüt ist die Nachrichtenlage dieser Tage schwer erträglich. Da geht es Politikern so wie der Bevölkerung, die ja überwiegend nicht aus hauptberuflichen Politikern besteht. Aber unsere Aufgabe liegt in der orientierungstiftenden Haltung, unsere Hinwendung zur Sache im demokratischen Prozess und - heutzutage besonders wichtig zu betonen - in der Verteidigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und politischen Stabilität in Deutschland. Nehmen wir die letzten beiden Punkte. In dieser Woche hat der Wirtschaftsminister, ohne dabei näher auf seinen politischen Beitrag zur Lage einzugehen, zum wiederholten Male schlechte Nachrichten verkündet. Der Befund: Der Industrie gehen die Aufträge aus, steigende Arbeitslosigkeit und voraussichtlich erneuter Rückgang der Wirtschaftsleistung in diesem Jahr. Unsere Volkswirtschaft befindet sich in einer der schwersten Krisen der vergangenen Jahrzehnte. Und während die Ampel-Regierung ernstmachen sollte im Anreizen von Leistung, zum Beispiel durch ein modernes Arbeitszeitgesetz,

steuerliche Erleichterung der Mehrarbeit oder bürokratische Entlastungen, diskutierte die Öffentlichkeit über einen wirtschaftspsychologisch unbegreiflichen Vorschlag, die „Arsch-Hoch-Prämie“ (streitbare Bezeichnung durch eine große deutsche Tageszeitung). Die Idee: 1000 Euro Prämie für Langzeitarbeitslose, wenn sie ein Jahr im Job durchhalten. Nach dem von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnten Bürgergeld, das faktisch wie ein bedingungsloses Grundeinkommen wirkt, eine weitere Verheißung der Illusion des leistungslosen Wohlstandes. Für mich ist klar: Die Wirtschafts-, Energie- und Arbeitsmarktpolitik ist mittlerweile das stärkste Argument für den erforderlichen Regierungswechsel.

Darüber hinaus beschäftigt uns Außenpolitiker weiterhin die Lage im Nahen Osten, wo durch die Terrorattacke der Hamas gegen Israel am 07. Oktober des vergangenen Jahres und die synchronen Attacken weiterer Terrorgruppen, wie etwa der libanesischen Hisbollah, eine unheilvolle Ereigniskette in Gang gesetzt wurde, die viel menschliches Leid verursacht.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **Jahrestag des Terrorüberfalls auf Israel.**
- **Migrationspolitik in Deutschland: Ampel bleibt handlungsunfähig**
- **Junge Union Limburg-Weilburg zu Gast in Berlin**
- **Gute Nachricht der Woche: Friedensnobelpreis geht nach Japan**

Jahrestag des terroristischen Überfalls auf Israel

Gestern gedachte der Bundestag mit einer Schweigeminute der Opfer des terroristischen Angriffs der Hamas gegen Israel, des Leids der Angehörigen und der immer noch nach Gaza verschleppten Geiseln. Die Bilder des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 haben sich in unser Gedächtnis eingebrannt. Auch ein Jahr nach dieser Zäsur tut Israel weiter das Notwendige, um seine eigene Sicherheit wiederherzustellen. Der Iran und seine verbündeten Terrororganisationen – Hamas, Hisbollah und Huthi – attackieren die einzige Demokratie der Region weiter ununterbrochen. **Standpunkt:** Wir stehen klar an der Seite Israels sowie unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland. Israel hat das völkerrechtlich verbrieft Recht und gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern auch die Pflicht, sich gegen Angriffe zu verteidigen und zu behaupten. Unser demokratischer Staat darf nicht dulden, wenn auf deutschen Straßen die Existenz Israels in Frage gestellt und Jüdinnen und Juden bedroht und angegriffen werden. Der Rechtsstaat muss jede Form antisemitischer Gewaltverherrlichung unterbinden – mit allen gebotenen Mitteln. Meinungsfreiheit endet dort, wo zur Vernichtung Israels aufgerufen, Juden der Tod gewünscht oder der Holocaust geleugnet wird. Beim Erreichen seiner legitimen Sicherheitsziele muss Israel alle notwendige Unterstützung erfahren. Die Verbesserung der humanitären Lage, Bemühungen um eine Befreiung der Geiseln sowie die Entwicklung einer Nachkriegsordnung müssen zeitgleich im Fokus stehen. •

Lage in der Migrationspolitik.

Die Terroranschläge in Mannheim am 31. Mai und in Solingen am 23. August 2024 haben unser Land erschüttert. Am 10. September 2024 hatte die Ampelkoalition ein so genanntes „Sicherheitspaket“ öffentlichkeitswirksam vorgestellt. Diese erste Beratung ist nun über einen Monat her. Seither sind die Koalitionsfraktionen bei der Stärkung der inneren Sicherheit und der dringend erforderlichen Begrenzung der illegalen Migration keinen Schritt weitergekommen. Sie haben sich erneut intern zerstritten.

Standpunkt: Wir fordern die schnelle Umsetzung eines echten und umfassenden Sicherheitspakets, das effektive Maßnahmen wie die Speicherung von IP-Adressen und den Einsatz von Gesichtserkennung beinhaltet. Wir bringen deshalb in dieser Sitzungswoche einen weiteren Antrag zur Migrationspolitik ein: „Kein Erwerb der Staatsbürgerschaft bei nur vorübergehendem Schutz in Deutschland“. Das veränderte Staatsbürgerschaftsrecht befindet sich im Wertungswiderspruch zum Ziel, humanitäre Aufenthaltsrechte auf einen vorübergehenden Zeitraum zu beschränken. Ein solches Einbürgerungsrecht wirkt zudem als weiterer Pull-Faktor in einer Zeit, in der EU-weit bereits jeder dritte Asylantrag in Deutschland gestellt wird. Deshalb fordern wir, dass vorübergehender humanitärer Aufenthalt nicht unmittelbar zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft führen kann. Die Dauer des vorübergehenden Schutzes in Deutschland soll nicht auf die Einbürgerungsfrist anzurechnen sein. •

Bürokratieabbau im Ehrenamt – Engagement der Vereine fördern!

In Deutschland engagieren sich rund 30 Millionen Menschen ehrenamtlich in mehr als 600.000 gemeinnützigen Vereinen, Verbänden, Körperschaften und Initiativen. Ihr Engagement ist vielseitig: In Sport- und Kulturvereinen, in den Kirchen oder der Wohlfahrtspflege, bei der Feuerwehr, beim Roten Kreuz und im Technischen Hilfswerk, im Natur- und Umweltschutz – ganz allgemein beim Einsatz für unsere Gesellschaft und für andere Menschen. Besonders in ländlichen Regionen ist ehrenamtliches Engagement eine tragende Säule für ein lebendiges und funktionierendes Gemeinwesen. Ehrenamtlern gebührt dafür große Anerkennung. Trotz dieses Engagements sehen sich viele Ehrenamtler und Vereine mit zunehmender Bürokratie und staatlichen Auflagen konfrontiert.

Standpunkt: *Diese bürokratischen Hürden erschweren das Engagement und die Vereinsarbeit erheblich. Mit unserem Antrag machen wir konkrete Vorschläge zur Entlastung der ehrenamtlichen Arbeit und zur Förderung des Ehrenamts. Wir wollen die Bürokratiebelastung senken und 25 % derselben für gemeinnützige Vereine abbauen. Für jede neu eingeführte Belastung muss doppelt so viel Bürokratie abgebaut werden („One in – two out.“). Wir wollen die Haftungsrisiken für ehrenamtliche Vorstände reduzieren und Vereine von Kosten und Aufwand – etwa bei der notariellen Beglaubigung von Registeranmeldungen – entlasten. •*

Moldaus Zukunft liegt in Europa!

Am Rande des heutigen Plenums hatte ich die Ehre die frühere Premierministerin der Republik Moldau, Frau Natalia Gavrilita, zum Gespräch zu treffen. Frau Gavrilita hält sich derzeit in Berlin auf, wo sie als Richard von Weizsäcker Fellow an der Robert Bosch Academy tätig ist. Dort fokussiert sie sich v.a. auf den moldauischen Integrationsprozess in die Europäische Union.

Im Mittelpunkt unseres heutigen Austauschs standen neben dem EU-Beitrittsprozess die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven ihres Landes sowie die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf Moldau. Gemessen an der eigenen Bevölkerungszahl hat der kleine Binnenstaat so viele Geflüchtete aufgenommen wie kein anderes Land - was angesichts der wirtschaftlichen Lage enorm herausfordernd ist.



Hinzu kommen die Destabilisierungsversuche Russlands, insbesondere durch Desinformationskampagnen, die dem Land im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen am 20. Oktober zu schaffen machen. Hier hat die proeuropäische Regierung jedoch einige wirksame Instrumente entwickelt, die zunehmend auch in anderen europäischen Ländern nachgefragt werden.

Ich schaue gespannt auf den Ausgang der nahenden Wahl sowie des gleichzeitig stattfindenden Referendums über den EU-Beitritt. Für mich ist klar: Sollte Moldaus Bevölkerung für den Weg nach Europa votieren, dann dürfen wir nicht den Weg versperren! Moldaus Zukunft liegt in Europa! •

JU Limburg-Weilburg zu Gast in Berlin

Eine willkommene Abwechslung bot sich durch den Besuch der Jungen Union Limburg-Weilburg in dieser Woche. Diese war einige Tage in der Bundeshauptstadt zu Gast und kamen dabei

auch mit mir ins Gespräch. Im Fokus waren dabei v.a. außenpolitische Fragen. Vielen Dank für euren Besuch und euer Interesse – ich freue mich bereits jetzt auf das vor uns liegende Wahljahr mit euch! •

Die gute Nachricht der Woche Friedensnobelpreis an Anti-Atomwaffen-Gruppe

Der diesjährige Friedensnobelpreis geht an die japanische Organisation Nihon Hidankyo. Die auch als Hibakusha bekannte Vereinigung wird damit für ihre Bemühungen um eine Welt frei von Atomwaffen geehrt, wie das Nobelkomitee in Oslo bekannt gab. Die Gruppe gründete sich nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki am Ende des Zweiten Weltkriegs. Gerade in der heutigen geopolitischen Konfliktlage ist die Auszeichnung ein wichtiges Zeichen dafür, dass am Tabu eines Nuklearwaffeneinsatzes nicht gerüttelt werden darf. •

